

Kippt Umgehung den Bad-Erhalt?

BI Lebensqualität Volkach-Ost kämpft gegen Sonderbaulast – Anwalt eingeschaltet

Von unserem Redaktionsmitglied
HARALD MEYER

VOLKACH Die Hängepartie der Umgehung Volkach-Gaibach hat die Bürgerinitiative Lebensqualität Volkach-Ost keineswegs ruhen lassen: Weil viele Mitglieder sich als Opfer der möglichen Entlastungsstraße sehen, haben sie ihren Widerstand verstärkt – mit Schreiben an Bürgermeister Peter Kornell und den Stadtrat. Druck kommt inzwischen auch vom Anwalt der BI und – wegen der Kostenbelastung für die Stadt – vom Bund der Steuerzahler.
Alarmiert von Mitgliedern – laut Schreiben an Bürgermeister Kornell – ist der Bund der Steuerzahler schon zum zweiten Mal in Sachen Umgehung aktiv. Jetzt interessiert er sich für die geplante Sonderbaulast (Volkach wäre Bauherr, Freistaat übernehme rund 80 Prozent der Kosten) und

die in einem aus Volkach stammenden Schreiben an den Bund ange deutete „drohende Verschwendung von Steuergeldern“. Was nicht ganz falsch ist, da selbst der Volkacher Stadtrat den Freistaat als eigentlich verantwortlichen Bauherren sieht.

Um die Finanzierung der rund 14 Millionen Euro (nur Baukosten) teuren Entlastungsstraße geht es auch der BI in einem Schreiben an den Stadtrat. Darin erinnern die Verantwortlichen an die „hohe Verschuldung“ der Stadt und an mindestens drei Millionen Euro, die Volkach für die Umgehung ausgeben müsse – zu Lasten anderer Vorhaben: „Will man wirklich das Hallenbad und Freibad schließen, die wichtige Sanierung unserer Hauptschule, sowie die Sanierung unserer städtischen Straßen nicht durchführen, aber im Gegenzug eine Umgehungsstraße finanzie-

ren und auf 10 Jahre die Unterhaltungskosten tragen?“

Wenig Sympathie zeigt die BI Lebensqualität Volkach-Ost für eine Leserbriefserie aus dem Volkacher Norden, in der von hohen Verkehrsriskiken in der Gaibacher Straße die Rede war. Bei Gesprächen mit der Polizei habe man erfahren, dass es dort keinen Unfallschwerpunkt gebe, schreibt die BI an den Stadtrat. Gehäuft seien dagegen Unfälle an den Kreuzungen im Osten, an der Teilumgehung, zu beobachten.

Ein Fragenkatalog an Bürgermeister Kornell kommt aus der Würzburger Anwaltskanzlei Baumann, die die BI Lebensqualität Volkach-Ost vertritt. Unter anderem bemängelt diese die in der Umgehungsplanung fehlenden Gelder für den Lärmschutz. Fragwürdig für die Anwälte ist auch, dass die von Innenstaatssekretär Gerhard Eck als Sonderbaulast

angebotene Trassenvariante nie in den Kosten-Nutzen-Vergleich beim geplanten Staatsstraßenausbau kam.

Zweifel äußert die Anwaltskanzlei auch an der rechtlichen Begründung der Entlastungsstraße. So vermissen die Anwälte „objektiv gültige“ Belastungswerte für die Gaibacher Straße, die eine Umgehung begründen könnten. Zudem sehen sie eine Ungleichbehandlung, wenn den Anliegern der Gaibacher Straße eine Umgehung zu Lasten der Bewohner im Osten zugestanden werde.

Einmal mehr verweist Baumann auch auf den von seinen Mandanten geforderten „Vertrauensschutz“. Viele der BI-Mitglieder hätten an der Teilumgehung nur gebaut, weil der Stadtrat 1979 deren Weiterbau „kategorisch“ ausgeschlossen habe. Diese Behauptung war allerdings von der Verwaltung mehrfach bestritten worden.